



"NICHTS ÜBER UNS, OHNE UNS!" — EUROPÄISCHE KLIMAPOLITIK BRAUCHT EINE STARKE SOZIALE DIMENSION!

Von Luc Triangle und Judith Kirton-Darling

Im Sommer diesen Jahres präsentierte die Europäische Kommission ihr lang erwartetes "Fit-for-55-Paket". Dieses Paket an Regulierungsvorschlägen zur europäischen Klimapolitik zielt darauf ab, dass bis 2030 der Ausstoß von Treibhausgasen in der EU um 55 Prozent reduziert wird. Mit dem 2030-Klimaziel will die Europäische Kommission auch sicherstellen, dass das Ziel der Klimaneutralität der EU bis 2050 realistisch erreicht werden kann. Schließlich geht es auch um die Umsetzung der Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius und möglichst unter 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Die vielen Klima-Katastrophen in diesem Sommer unterstreichen einmal mehr die Dringlichkeit, endlich zu handeln.

Als Teil des Europäischen Green Deals, enthält das "Fit for 55-Paket" Überarbeitungen wesentlicher Elemente der EU-Klima- und Energiepolitik, darunter die Revision des europäischen Emissionshandels, neue CO2-Normen für PKWs und kleine Nutzfahrzeuge und ambitioniertere Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien und für

die Energieeffizienz. Es enthält auch einige neue Maßnahmen, beispielsweise die Einführung eines eigenen Emissionshandelssystem für die Gebäude- und Transportsektoren und der damit verbundene Klimasozialfonds zur Bekämpfung von Energie- und Treibstoffarmut.

Durch eine Verzahnung der verschiedenen Maßnahmen will es gleichzeitig die EU-Klimaziele erreichen, einer Abwanderung von Industrieproduktion entgegenwirken sowie Arbeitsplätze und Wohlstand in der EU sichern. Es stellt damit die Europäische Union vor die wesentliche Herausforderung, die globale Führungsposition in Sachen Klimaschutz und "grünem Wachstum" zu übernehmen.

Doch ist der europäische Green Deal auch fit für einen gerechten Strukturwandel? Berücksichtigt der Green Deal die Interessen von Arbeitnehmer*innen in Europa, damit niemand zurückgelassen wird, eine hohe Qualität der Arbeitsbedingungen garantiert wird und neue, gute Arbeitsplätze geschaffen werden, bevor alte verloren gehen?





Ein gerechter Strukturwandel erfordert die Stimme der Industriebeschäftigten.





Eins ist klar: Die Mitgliedsgewerkschaften von industri-All Europe unterstützen die ehrgeizigen europäischen Klimaziele, aber nur unter der Bedingung, dass die EU sich ebenso ehrgeizige soziale Ziele steckt und diese mit wirksamen struktur- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen untermauert.

Eine europäische Kampagne zur Einforderung eines gerechten Strukturwandels

"Fit-for-55" bedeutet eine dramatische Beschleunigung des Transformationsprozesses für die Industrie und die Beschäftigten. 25 Millionen Beschäftigte in den Industriezweigen, die industriAll Europe repräsentiert, werden vom Transformationsprozess in irgend einer Form betroffen sein: durch mögliche Umstrukturierungen, Technologietransfer und neue Qualifikationsanforderungen, durch neue Herausforderungen an den Arbeits- und Gesundheitsschutz, und durch den voraussichtlichen Druck auf die Arbeitsbedingungen und durch Entlassungen.

In Angesicht dieser massiven Herausforderung für die Beschäftigten kommen die angebotenen struktur- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen deutlich zu kurz.

Fünf zentrale Forderungen von industriAll Europe an die EU

Mit dem Slogan "Nichts über uns, ohne uns" initiiert IndustriAll Europe mit Unterstützung seiner Mitgliedsgewerkschaften in ganz Europa eine europäischen Kampagne und fordert die Europäischen Institutionen und nationalen Regierungen dazu auf, bei der sozialen Dimension des Green Deals grundlegend nachzubessern.

Dazu haben wir gemeinsam mit unseren Mitgliedsgewerkschaften fünf wesentliche Forderungen aufgestellt:

- Ausreichend Fördermittel für den Strukturwandel in Europas Regionen
- 2. Eine genaue Analyse der Beschäftigungsstrukturen in Europas Regionen, um den Strukturwandel

- mit gezielten und angemessenen Maßnahmen zu gestalten
- Einen Rechtsrahmen zur Antizipierung des Wandels und umfassenden Beteiligung der Beschäftigten
- 4. Individuelle Rechte zur Sicherung von Jobtransfers und soziale Absicherung von Beschäftigten
- 5. Eine umfassende politische Planung der Transformation

Fairerweise ist zu bemerken: Mit dem Europäischen Green Deal hat die europäische Kommission erstmals einen Fördermechanismus für einen gerechten Wandel in den europäischen Kohle- und CO2-intensiven Regionen ins Leben gerufen. Der damit etablierte "Just Transition Fonds" bietet erstmals EU-Mittel für die Unterstützung des Wandels.



Luc Triangle



Judith Kirton-Darling

"'Fit-for-55' bedeutet eine dramatische Beschleunigung des Transformationsprozesses für die Industrie und die Beschäftigten. 25 Millionen Beschäftigte in den Industriezweigen, die industriAll Europe repräsentiert, werden vom Transformationsprozess in irgend einer Form betroffen sein [...] In Angesicht dieser massiven Herausforderung für die Beschäftigten kommen die angebotenen struktur- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen deutlich zu kurz."

Dennoch werden die 17.5 Milliarden Euro Finanzhilfen für mehr als 100 förderwillige Regionen der massiven Herausforderung nicht gerecht. Außerdem lässt er einige wichtige und stark betroffene Industriezweige außen vor. Beispielsweise gibt es derzeit keinen Rahmen zur Gestaltung des Wandels für den Automobilsektor und seiner Zuliefererkette. Die Ankündigung der Kommissi-





on, den Verkauf von Neu-Fahrzeugen mit internen Verbrennungsmotoren bis 2035 auslaufen zu lassen, wird vor allem einige Regionen besonders hart treffen, sollten keine notwendigen Investitionen in neue Technologien fließen. Unsere Forderung beinhaltet auch die stärkere Koordinierung aller existierenden Fördermittel, inklusive Innovations- und Modernisierungsfonds, zur umfangreichen Unterstützung beim Umbau zur Klimaneutralität.

Sehr beunruhigend ist der mangelnde Überblick über die regionalen Arbeitsmärkte, die demographischen Strukturen und die vorhandenen Qualifikationen und Qualifikationsbedarfe. Die bisher im Rahmen der Klimastrategien durchgeführten Folgenabschätzungsstudien sind unzureichend, um gezielte Fördermittel und Programme für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen und Kommunen bereit zu stellen. Wir erwarten, dass die Europäische Kommission und Europas Mitgliedstaaten eine detaillierte Analyse der regionalen und lokalen Arbeitsmärkte bereitstellen, um dem Ziel, keine Region und keinen Arbeitnehmer zurückzulassen, überhaupt gerecht werden zu können.

Fördermittel sind nur ein Teil der Lösung. Um den Wandel sozial, ökologisch und gerecht zu gestalten, brauchen wir vor allem auch einen umfangreichen Rechtsrahmen, der die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und Gewerkschaften in ganz Europa umfangreich absichert. Wir sollten aus den Fehlern der letzten Finanz- und Wirtschaftskrise lernen, im Laufe deren Arbeitnehmerrechte und Tarifverhandlungen in vielen europäischen Ländern eingeschränkt oder gar unmöglich gemacht wurden. Daher brauchen wir mehr als die für Dezember 2021 angekündigte Empfehlung des Rates zur Gestaltung der sozialen und arbeitsrechtlichen Aspekte der Klimawende. Wir setzen uns ganz klar für einen umfangreichen Rechtsrahmen im Sinne des im Jahre 2013 vom Europäischen Parlament vorgelegten Vorschlags zur Antizipierung von Wandel basierend auf starken Tarifsystemen und Sozialpartnerschaft ein.

Die Sicherstellung von Beschäftigungstransfers müssen schließlich auch durch aktive arbeitsmarkpolitische Maßnahmen sichergestellt werden, die Aus- und Weiterbildung, Umschulungs- und Weiterqualifizierungsprogramme sowie lebenlanges Lernen fördern und dem Qualifikationsbedarf für neue Technologien entsprechen. Leider wird es auch Beschäftigte geben, die dabei durchs Netz fallen und die von Umschulung und Weiterqualifizierung nicht profitieren können. Systeme der sozialen Absicherung sind ein wesentliches Element im Rahmen des sozialgerechten Wandels.

Unsere letzte Forderung bezieht sich auf die bessere Koordinierung aller Politikbereiche und eine der Herausforderungen angemessenen und umfangreichen politische Planung auf allen Ebenen (EU, Mitgliedstaaten, Regionen), die die Gestaltung des Wandels erst möglich machen. Eine umfangreiche Industriepolitik mit massiven öffentlichen Investitionen ist ein wesentlicher Bestandteil. Mit Sparpolitik werden wir die Herausforderungen des Wandels hin zur Klimaneutralität sicher nicht stemmen können!

Auf Grundlage dieser wesentlichen Forderungen haben industriAll Europe und seine Mitgliedsgewerkschaften beschlossen, für eine zweiwöchige "Europäische Aktion für einen gerechten Strukturwandel" unter dem Motto "Nichts über uns, ohne uns" zu mobilisieren, die am Montag, 25. Oktober 2021 beginnt und zwei Wochen später endet. Die IG Metall verbindet diese Aktionswochen mit ihrem betrieblichen Aktionstag am 29. Oktober.

Ohne die breite Unterstützung der Bevölkerung und ohne umfangreiche Rechte der Mitgestaltung durch Gewerkschaften und betriebliche Vertreter*innen wird der Green Deal nicht umgesetzt werden können. Versagen wir bei dieser Aufgabe, spielen wir den Populisten in die Hände. Es geht schließlich auch um die Zukunft Europas und des europäischen Projekts!

Autoren:

Luc Triangle, Generalsekretär von IndustriAll European **Trade Union**

Judith Kirton-Darling, stellv. Generalsekretärin von **IndustriAll European Trade Union**

> Nächster Beitrag (nachgereicht) am 8.11.: Gabriele Bischoff zu: Demokratie am Arbeitsplatz